

Umbenannt

DIE LINKE hat es geschafft. Die erste Straße wird umbenannt. Kein Nazi-Profitier mehr, sondern eine jüdischen Schauspielerin. **S.2**

Tour Dumping

Umsonst arbeiten bei der Tour de France. Das ist das schäbige Konzept der Stadt um Geld zu sparen. DIE LINKE protestiert. **S.3**

Ohne Ticket

Ticketloser Nahverkehr ist das Ziel der LINKEN. Um einen kleinen Vorgesmack darauf zu erhalten, fordert DIE Linke dies für einen Tag. **S.5**

Unzumutbar

Immer mehr Stellen bleiben in der Verwaltung unbesetzt. Jetzt sollen Stellen ganz abgeschafft werden. Nein Danke, sagt DIE LINKE. **S.6**

Einfach mal einen durchziehen



Foto: Mbulelo Dlangamandla

Die Rauchzeichen stehen gut Legale Cannabisabgabe in Düsseldorf rückt näher

Im Sommer 2015 stellte DIE LINKE im Stadtrat den Antrag, in Düsseldorf eine lizenzierte Abgabestelle für Cannabis einzurichten. Seitdem ist einiges passiert und der Weg für die Cannabisfreigabe scheint geebnet, auch wenn er lang ist und noch einige Hürden überwunden werden müssen.

Schmerzpatientinnen und -patienten können Cannabis bereits in der Apotheke erhalten. Als nächstes sollte die Entkriminalisierung von Cannabis als Genuss- und Rauschmittel folgen. Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Substanz in Deutschland. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden kriminalisiert und sehen sich gezwungen, Cannabis auf illegale Weise zu erwerben. Die Suchtmittel Tabak und Alkohol sind hingegen legal und gesellschaftlich akzeptiert. Im Gegensatz zu Cannabis fordert der Alkoholkonsum allerdings jedes Jahr tausende Todesopfer.

Die Verbreitung von Drogen niedrig zu halten, ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel. Tatsächlich nehmen Menschen aber Drogen und sind auch durch Verbote nicht davon abzuhalten. Konsumentinnen und Konsumenten schlicht als Kriminelle zu betrachten, verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik. Stattdessen sollte eine präventive, sachliche und glaubwürdige

Aufklärung über die Wirkung und Risiken erfolgen. Nur so kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Rauschmitteln entwickelt werden.

Der Vorschlag für eine Cannabisfreigabe stieß bei der Mehrheit im Stadtrat auf Zustimmung, verschiedene Verbände stehen der Initiative ebenfalls aufgeschlossen gegenüber. Letztendlich wurde beschlossen, dass Düsseldorf eine Ausnahme genehmigung zum Betrieb von lizenzierten Abgabestellen von Cannabisprodukten für Erwachsene beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin beantragen soll. Auf einer Fachtagung im Rathaus diskutierten daraufhin im letzten Dezember renommierte Expertinnen und Experten aus Medizin, Wissenschaft, Justiz und Politik über die Vor- und Nachteile einer legalen Abgabe in Düsseldorf. In den Vorträgen und Diskussionsrunden wurden u.a. die medizinischen, kriminologischen und ökonomischen Aspekte erörtert.

Angelika Kraft-Dlangamandla, Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE und Initiatorin des Ratsantrags, diskutierte ebenfalls rege mit und äußerte sich zuversichtlich: „Es war eine spannende und weiterbringende Diskussion. Die Positionen wurden konstruktiv ausgetauscht. Ich freue mich, dass wir von vielen Expertinnen und Ex-

perten Zuspruch bekommen haben. Ich denke, wir sind dem Projekt legale Cannabisabgabe in Düsseldorf ein Stück näher gekommen.“

Basierend auf den Erfahrungen, die der Stadtbezirk Berlin-Kreuzberg bei einem ähnlichen Prozess gemacht hat, wurden auf der Fachtagung verschiedene Optionen zum weiteren Vorgehen besprochen. Am Ende wurde sich darauf verständigt, dass die Ausnahme genehmigung zunächst für eine Abgabe von Cannabis im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie beantragt werden soll. Der Antrag hätte so eine wissenschaftliche Grundlage und erheblich höhere Erfolgchancen. Kreuzberg ist damals mit seinem Antrag für eine Abgabestelle u.a. aus diesem Grund gescheitert. Eine solche Studie würde zudem wichtige Erkenntnisse für die Diskussion zu einer bundesweiten Regelung bringen. Auch andere Städte in NRW, wie bspw. Köln und Münster, beobachten die Entwicklung in Düsseldorf mit großem Interesse. DIE LINKE wird sich an der weiteren Entwicklung beteiligen und die legale Cannabisabgabe in Düsseldorf vorantreiben. Zu hoffen bleibt, dass die Ampelkoalition die positive Entwicklung nicht aufgrund der entstehenden Kosten ausbremst.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

DIE LINKE hat keine Ahnung von Finanzen. So hört man es immer wieder. Die CDU und die FDP, ja die können mit Geld umgehen. Und auch die SPD und die Grünen. Nach der Sitzung des Düsseldorfer Rates im vergangenen Dezember kommen einem allerdings Zweifel. Dank CDU und FDP und ihren Ausgaben für sinnlose Großprojekte sind die Rücklagen der Stadt aufgebraucht. Auch die Ampel mit SPD, Grünen und FDP knüpft daran an mit der U 81 und dem Start der Tour de France. Dass Düsseldorf nicht mehr schuldenfrei ist, dürfte nun auch dem Letzten klar sein. Allerdings soll der „Kernhaushalt“ (was immer das ist) schuldenfrei bleiben. Dazu werden massenhaft Grundstücke verkauft und Schulden bei den städtischen Tochterunternehmen versteckt.

Kurzfristig könnten diese Maßnahmen darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt seit Jahren mehr Geld ausgibt als sie einnimmt. Ein nachhaltiger und seriöser Umgang mit den Geldern der Düsseldorfer Bevölkerung ist das aber nicht. Seriös wäre es Projekte, die der Bevölkerung keinen Vorteil bringen, sein zu lassen und dafür zu sorgen, dass mit den Einnahmen die Stadt die erforderlichen finanziellen Spielräume erhält.

Die einzigen, die das im Dezember gefordert haben, waren DIE LINKEN. In dieser Ausgabe des R(h)einblicks können Sie nachlesen, welche Vorschläge wir haben. Wir wünschen Ihnen einen guten Start ins neue Jahr. Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

34.301 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,4%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im November 2016 bei 24.052 (offizielle Arbeitslosenquote 7,4 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 34.301 um 10.249 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.257 freie Arbeitsstellen im November gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen auf unserer Website unter: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Was Bücherwürmer wurm

Eine Befragung der NutzerInnen der Stadtbüchereien hat ergeben, dass sie deutlich verbesserte Öffnungszeiten wünschen. Favorisiert werden Öffnungszeiten an Wochentagen von 10 bis 20 Uhr und an Samstagen von 10 bis 16 Uhr. Von diesem Wunsch sind alle Bibliotheken gleichermaßen betroffen. Mehrere Bezirksvertretungen haben sich bereits für verbesserte Öffnungszeiten ausgesprochen. DIE LINKE hat dies bereits mehrfach im Kulturausschuss thematisiert. Zur nächsten Sitzung fordern wir die Stadtverwaltung auf, die Umsetzung verbesserter und einheitlicher Öffnungszeiten zu prüfen.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Hans-Günther-Sohl-Straße in Flingern wird in Luise-Rainer-Straße umbenannt

„Straßennamen und ihre Bedeutung“ ist eine feste Rubrik im R(h)einblick geworden. Hier berichten wir über Düsseldorfer Straßen, die nach Nazis oder Kolonialverbrechern benannt wurden. Regelmäßig stellen wir dabei die Forderung auf, die Straßen umzubenennen. Diesmal könne wir von einem Erfolg berichten.

Von der Hans-Günther-Sohl-Straße...

In der 17. Ausgabe im Herbst 2014 haben wir erläutert, wer Hans-Günther Sohl war, nach dem eine Straße in Flingern benannt wurde.

Sohl trat bereits 1933 der NSDAP bei. Gleich nach seinem Eintritt wurde er Leiter des Rohstoff-Ressorts der Friedrich Krupp AG. 1935 übernahm er die Leitung der Firma und wurde 1941 in den Vorstand der Vereinigten Stahlwerke berufen. 1942 wurde Sohl zum

Als 1991 das Thyssen-Trade-Center an der Grafenberger Allee fertiggestellt wurde, wurde die Erschließungsstraße nach Hans-Günther Sohl benannt.

Im November 2015 hat DIE LINKE in der zuständigen Bezirksvertretung den Antrag gestellt, die Straße aufgrund der Nazi-Vergangenheit des Namensgebers umzubenennen. Der Antrag fand keine Mehrheit. Stattdessen wurde die Mahn- und Gedenkstätte beauftragt, mit den neusten Erkenntnissen über Sohl ein Gutachten zu erstellen. Dieses Gutachten, vorgelegt im Februar 2016, kam zu dem eindeutigen Ergebnis, dass eine Umbenennung angeraten sei. Zum einen war Sohl in seiner Funktion bei den Vereinigten Stahlwerken für den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen verantwortlich, die zu Tausenden im Nazi-System ums Leben kamen. Außerdem lag in unmittelbarer Nähe der Straße ein KZ-Außenlager. Die Mahn- und Gedenkstätte hat Mühe, Fragen von Nachfahren ehema-

wurde, kam die SPD sogar noch zur Hilfe. Heute liegen Erkenntnisse über Sohl vor, die so 1991 noch nicht bekannt gewesen waren. Das wurde von der CDU verneint und zurückgewiesen. Natürlich habe man auch damals schon die Vergangenheit von Sohl gekannt. Nun, da muss man der CDU Recht geben, die Erkenntnisse über Sohl sind tatsächlich nicht neu. Also hat die CDU damals in Kenntnis der Vergangenheit von Sohl gehandelt. Die FDP hat sich der Argumentation der CDU angeschlossen. Letztendlich ist der LINKEN-Antrag mit den Stimmen der LINKEN, der SPD und der Grünen angenommen worden. Abschließend äußerte die CDU die „Befürchtung“, dass nun aus der „linken Ecke“ Anträge über die Umbenennung von weiteren Straßen erfolgen werden. Diese Anregung nehmen wir gerne auf.

...zur Luise-Rainer-Straße

Da der Rat der Stadt für eine Umbenennung zuständig ist, hat er auf seiner Sitzung im Dezember über unsere Forderung entschieden. Bei der Debatte wurden von der CDU die gleichen unsäglichen Argumente gebracht. Mit der Mehrheit von SPD, Grünen, FDP und LINKEN wurde der Umbenennung zugestimmt. Gleichzeitig wurde die Anregung, ebenfalls von der LINKEN eingebracht, zur Neubenennung in Luise-Rainer-Straße angenommen.

Luise Rainer war jüdischer Herkunft und wurde 1910 in Düsseldorf geboren. Sie war SchauspielerIn und wanderte 1935 in die USA aus. Dort erhielt sie 1937 und 1938 jeweils einen Oscar als beste SchauspielerIn. Damit ist sie die einzige deutsche SchauspielerIn, die jemals in dieser Rubrik einen Oscar erhalten hat. 2014 starb sie im Alter von fast 105 Jahren in London. Bisher hat sie in Düsseldorf noch keine Ehrung erfahren. Die Straße in Düsseldorf wird die erste in ganz Deutschland sein, die den Namen Luise Rainer trägt.



Ist bald Geschichte

Foto: R(h)einblick

Wehrwirtschaftsführer der Reichsvereinigung Eisen ernannt.

Die Vereinigten Stahlwerke, dem damals zweitgrößten Stahlerzeuger weltweit und neben der IG Farben größter Konzern Deutschlands, spielten für die NSDAP bzw. deren Finanzierung sowie der späteren Aufrüstung eine wichtige Rolle. Die führenden Personen der Montanindustrie waren in allen bedeutenden Gremien vertreten und hatten wesentlichen Anteil an der Aufrüstung und der Kriegswirtschaft insgesamt.

Sohl wurde zwar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von den Briten vom 1. Dezember 1945 bis 17. Mai 1947 interniert. Das war allerdings nicht das Ende der Karriere des Naziprofiteurs. Im Nachkriegs-Deutschland machte er wieder eine steile Karriere, so wie die meisten anderen Nazis aus der Wirtschaft. 1953 wurde er Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG als Nachfolgerin der Vereinigten Stahlwerke. Von 1956 bis 1969 war Sohl Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie sowie von 1972 bis 1976 Vorsitzender des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

liger Insassen zu beantworten, die sich darüber wundern, dass ausgerechnet in dieser Nähe eine Straße nach einem Nazi benannt wurde.

Im September 2016 hat DIE LINKE ihren Antrag zur Umbenennung erneuert. Die gesamte Diskussion über den Antrag war mehr als peinlich. Die CDU war gegen den Antrag. Schließlich hatte sie die Benennung 1991 veranlasst. Sohl war nach ihrer Aussage nie als Nazi-Verbrecher verurteilt worden. Darüber hinaus war er, mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland, als bedeutender Wirtschaftsführer ausgezeichnet worden. Als das Thyssen-Trade-Center gebaut wurde, hatte die Firma Thyssen den Wunsch geäußert, die Straße nach Thyssen zu benennen. Das war aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit sogar der CDU zu heikel. Sie schlug daher vor als Namen Hans-Günther Sohl zu nehmen, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Thyssen AG. Während der Sitzung der Bezirksvertretung, in der über die Umbenennung diskutiert



Luise Rainer ca. 1940

Kosten sparen durch Ehrenamt

Gratis-Arbeit bei der Tour de France

Einen Tag ohne Lohn, an der Hotline permanent Fragen rund um die Tour de France beantworten, Autos auf Parkplätzen einweisen oder für Gäste aus dem Ausland übersetzen – so sieht nach dem Willen der Stadtverwaltung der Beitrag engagierter EinwohnerInnen zum Grand Départ in Düsseldorf aus. Dies sind alles Bereiche, die normalerweise bezahlte Kräfte übernehmen. Die umstrittene Finanzierung der Tour de France findet hier ihren Höhepunkt. Neben hilflos wirkenden Kampagnen wie Patenschaften für Sitzbänke oder der angestrebte Verkauf zu Höchstpreisen von Gursky-Fotografien, sollen nun auch noch Personalkosten gespart werden.

Auf der Internetseite der Stadtverwaltung heißt es deutlich: „Ohne die vielen engagierten freiwilligen Helferinnen und Helfer wäre die Durchführung dieses internationalen Events nicht möglich.“ Die Stadtverwaltung ruft 2.000 Menschen auf, sich als „Volunteer“ für die Tour de France in Düsseldorf zu melden. Anreiz sollen die einmalige Rennatmosphäre und die unvergessliche Erfahrung, Teil der Tour de France gewesen zu sein, sein. Auf der Internetseite können Interessierte auswählen, wo sie eingesetzt werden wollen. Dabei werden nicht nur für Sportveranstaltungen typische Be-



Beim doping legen die Tourfahrer alleine Hand an

Foto: (CC BY-NC 2.0) pixabay

reiche wie Streckenposten oder Info-stand abgefragt. Volunteers sollen sich auch für die Bereiche Hotline, Teamleitung, Medien/Presse, Fahrbereitschaft, Gästebetreuung/VIP Parkraumbewirtschaftung oder Promotion melden.

Im Finanzausschuss stellte DIE LINKE daher die Anfrage, wie viel Arbeitsstunden gratis übernommen werden und wie viel Personalkosten die Stadt dadurch spart.

Die Antworten waren ausweichend, deutlich wurde allerdings, dass vor allem „gut qualifizierte“ Menschen gesucht werden. Insbesondere werden Leute mit Fremdsprachenkenntnissen benötigt. DIE LINKE setzt sich für gute Arbeitsbedingungen und tarifliche Bezahlung ein. Gratis-Arbeit im Rahmen eines Großevents, welches nur zu Image-Polierung der Stadtobere dient, lehnen wir entschieden ab.

Sozialpass ausweiten

DüsseldorferInnen mit geringem Einkommen können mit dem Düsselpass Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Diese gibt es bei den städtischen Ämtern und Instituten, den Tochtergesellschaften der Stadt und verschiedenen Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Sport. Menschen, die Sozialleistungen beziehen oder ein vergleichbar geringes Einkommen haben, können den Pass beantragen.

Eine neue Studie hat ergeben, dass mittlerweile 21,6 Prozent der EinwohnerInnen in Düsseldorf als arm gelten. Da das Leben in der Stadt teurer ist als anderswo (z.B. aufgrund hoher Mieten), wird hier auch mehr Geld benötigt. In Düsseldorf braucht man derzeit laut der Studie 1.013 Euro im Monat, um nicht unter die Armutsgrenze zu fallen. Aus Sicht der LINKEN sollte diese Summe auch als Grenze zur Berechtigung für den Düsselpass herangezogen werden. Dadurch wäre eine erheblich größere Anzahl an Menschen zum Erhalt des Passes berechtigt. Ein entsprechender Antrag hierzu wurde von uns im Sozialausschuss der Stadt gestellt aber leider von SPD, CDU, FDP und Grünen abgelehnt.

Immobilienhandel

Mit dem Verkauf von Grundstücken versucht die Stadt Düsseldorf ihren Haushalt zu sanieren. Das Problem dabei ist, dass man Grundstücke nur einmal verkaufen kann, dann sind sie weg. Außerdem werden Grundstücke in der Regel an Investoren verkauft, die dann entsprechende Gewinne generieren wollen. Insbesondere beim Wohnungsbau sehen wir, dass in Düsseldorf so gut wie keine preiswerten Wohnungen gebaut werden. Diese Lücke müsste die Stadt füllen und auf eigenen Grundstücken selbst Wohnungen bauen. Es geht nicht nur um Wohnungsbaugrundstücke, sondern auch um Gewerbe- und Industriegrundstücke. Die großen Wohnungsbauprojekte der letzten Zeit sind hauptsächlich auf ehemaligen Gewerbe- und Industriegrundstücken entstanden. Deshalb sind wir gegen jeglichen Verkauf von städtischen Grundstücken. Die Stadt könnte diese Grundstücke langfristig besser verwerten als sie zu verkaufen. Die entsprechenden Anträge im Ausschuss und im Rat wurden aber von allen anderen Parteien abgelehnt.

Frauen. Flüchtlingshilfe. Wirklichkeit.

Erfahrungsberichte und Chancen für die Gesellschaft

Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2017



Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit und über Frauen, die von ihren Erfahrungen in der Flüchtlingshilfe berichten

**Samstag, den 25. März 2017
von 14:00 bis 17:00 Uhr**

**Bürgersaal Düsseldorfer Arcaden
im Stadtteilzentrum Bilk**
Eingang Bachstr. 145

DIE LINKE Kreisverband Düsseldorf & Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf

Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit

Mehrfach berichtete der R(h)einblick über die schlechten Arbeitsbedingungen an der Volkshochschule (VHS) Düsseldorf: Die hoch qualifizierten Lehrkräfte bekommen dort ein Honorar, von dem sie kaum leben können. Bezahlt wird nur die reine Unterrichtsstunde mit 21 Euro, davon geht ein Drittel für Sozialversicherungen ab. Die Vor- und Nachbereitungszeit wird nicht entlohnt, ebenso gibt es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub. Ende 2016 hat ein Brief der Initiative „Freie Lehrkräfte an der VHS Düsseldorf“ auf einen weiteren Missstand aufmerksam gemacht. Die Behörde BAMF hat beschlossen, nur noch dann eine Zulassung für Integrationskurse zu gewähren, wenn ein Honorar von 35 Euro gezahlt wird. Das führt an der VHS zu folgendem Missstand: „Während die Dozentin eines Integrationskurses pro Unterrichtsstunde 35 Euro erhält, erhält der im Nebenraum in einem offenen Deutsch- oder Englischkurs unterrichtende Kollege 21 Euro für die gleiche Tätigkeit.“ DIE LINKE beantragte daher die Zahlung eines Honorars von 35 Euro für alle Lehrkräfte. Leider wurde nur eine marginale Erhöhung beschlossen, die ungleiche Bezahlung bleibt weiter bestehen.

Kostenfreie Kita für alle

Der Platz in einer Kita in Düsseldorf ist für Kinder über drei Jahre kostenfrei. Der monatliche Beitrag für Kinder unter drei Jahre beträgt hingegen bis zu 475 Euro. Im Jahr 2015 wollte SPD-Oberbürgermeister Thomas Geisel die Kita-Gebühren für Kinder über drei Jahre wieder einführen, um so das strukturelle Defizit im Haushalt zu reduzieren. Zum Glück fand dieser Vorschlag damals keine Mehrheit. DIE LINKE hat jetzt einen Vorstoß in die entgegengesetzte Richtung gemacht. Zu den Haushaltsberatungen im städtischen Jugendhilfeausschuss beantragten wir, auch die Kitagebühren für Kinder unter drei Jahren abzuschaffen. Kostenfreie Bildung für alle – von der Kita bis zur Hochschule – halten wir für eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Die Beitragsfreiheit in Kitas für Kinder aller Altersgruppen ist daher unser Ziel. Leider wurde der Antrag von der Mehrheit im Ausschuss abgelehnt.

Kostenlose Parkausweise jetzt

Arbeitsbedingungen von Hebammen verbessern

Auf Antrag von DIE LINKE wurde in der Novembersitzung des Gleichstellungsausschuss von der Düsseldorfer Hebammenzentrale, dem Hebammenverband und der Elternbewegung MotherHood über die schwierige Situation der Hebammen in Düsseldorf berichtet.

Die Geburtenrate in Düsseldorf steigt, während die Zahl der Hebammen abnimmt. Immer weniger junge Frauen entschließen sich dazu, den Beruf der Hebamme zu ergreifen. Dies liegt u.a. an der schlechten Bezahlung, schwierigen Arbeitszeiten und viel zu hohen Versicherungskosten. Diese Probleme müssen vom Bund angegangen werden. Doch auch auf kommunaler Ebene kann etwas zur Verbesserung der Arbeitsumstände getan werden.

So ist die Parkplatzsituation für Hebammen in bestimmten Düsseldorfer Stadtgebieten besonders schlecht. Sie finden keine Parkplätze, oder müssen mit Strafzetteln rechnen, wenn sie aufgrund von Eile nicht korrekt parken. Hebammen können sich Betreuungsaufträge aussuchen, das bedeutet, dass Betreuungsaufträge in Stadtteilen mit schwieriger Parksituation, beispielsweise in Unterbilk und Flingern, ungern angenommen werden. Demnach haben

es Frauen und junge Familien in diesen Stadtteilen noch schwieriger, eine Hebamme zu finden. Als essentieller Bestandteil der Gesundheitsfürsorge gilt es, Frauen und jungen Familien vor und nach der Geburt eine umfassende Betreuung zu gewährleisten. Diese wird jedoch unter anderem durch die Parkplatzsituation erschwert. Zwar besteht für Hebammen die Möglichkeit, eine Ausnahmegenehmigung zum Parken zu beantragen, jedoch ist diese mit jährlichen Kosten in Höhe von 120 Euro ver-

bunden. Viel Geld für Hebammen, die tagtäglich um ihre berufliche Existenz kämpfen müssen. Daher haben wir zur Sitzung des Gleichstellungsausschusses im Dezember den Antrag gestellt, Hebammen kostenlose Parkausweise für das gesamte Stadtgebiet auszustellen. Für uns ist es nur folgerichtig, die Hebammen zumindest im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten zu entlasten. Die anderen Parteien wollten aber nicht über den Antrag abstimmen und lehnten ihn im Stadtrat ab.



Schwanger, aber die Hebamme findet keinen Parkplatz

Foto: (CCO 1.0) pibabay/svetlana70

Über die Kunst, Off-Kultur zu fördern

Städtische Unterstützung für freie Kulturvereine

Die kleinen Düsseldorfer (Off)Kulturvereine bieten ein vielfältiges kulturelles Angebot von Ausstellungen, Lesungen, Konzerten, Vorträgen und Bildungsprojekten. Sie befinden sich in einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung. Abseits des Mainstream und der Hochkultur sorgen sie dafür, dass es hier eine kreative künstlerische Szene gibt, von der auch die etablierten Kulturinstitutionen letztendlich zehren. Förderungen in Form von finanzieller Unterstützung und der Suche nach Räumlichkeiten gibt es von der Stadt so gut wie nicht. Die Subkultur wird von der Stadt weitestgehend ignoriert. Schlimmer noch: 2017 wird die finanzielle Unterstützung wiederum gekürzt zugunsten der Prestigekulturprojekte. Ohne unermüdliche Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement der Off-Kultur würde die kulturelle Belebung der Stadt und ihrer Stadtteile jedoch gar nicht stattfinden. Im Bürgerforum zum Kulturentwicklungsplan, der in diesem Jahr mit Workshops und Anhörungen auf den Weg gebracht wurde, war die Förderung und Stärkung der Stadtteilkultur ein wichtiges Thema. Unter anderem gehören dazu die Vereine: damenundherren, Solaris, WP8, reinraum, Brause (Metzgerei Schnitzel e.V.), Farbfieber e.V. sowie viele Vereine

zur internationalen Kultur, die von EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund gegründet wurden. Diese Vereine tragen zur Vielfalt und zum interkulturellen Dialog und Austausch in unserer Gesellschaft bei. Um die Leistungen der (Off)Vereine im Bereich der kulturellen Entwicklung und Darstellung, der experimentellen Kunst, der Förderung des interkulturellen Dialogs sowie des ehrenamtlichen Engagements zu würdigen und darüber hinaus die Stadtteilkultur zu stärken und auszubauen, halten wir die Einrichtung eines Förderpreises für diese Vereine für notwendig. Deshalb stellte die Ratsfraktion DIE LINKE im

Kulturausschuss einen Haushaltsantrag, der darauf abzielte, die Einrichtung eines jährlichen Förderpreises in Höhe von 10.000 Euro für (Off)Kulturvereine der freien Düsseldorfer Kunst- und Kulturszene umzusetzen. Hierzu sollte eine Jury eingerichtet und Förderkriterien aufgestellt werden. Weiterhin sollte die Einstellung der erforderlichen Mittel im Haushalt erfolgen. Unser Antrag wurde von allen Parteien abgelehnt.

Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass die Situation der (Off)Kulturvereine verbessert wird. Ein Förderpreis wäre ein Anfang um eine Anerkennung zu erhalten, die ihnen zusteht.



Ende Februar ist Schluß bei Damen & Herren

Foto: R(h)einblick

Kein Ticket? Kein Problem!

Fahrscheinloser Tag in Düsseldorf

Einfach in die U-Bahn, Straßenbahn oder den Bus einsteigen und ohne ein Ticket zu ziehen am Fahrtziel ankommen. Diese Idee steckt hinter dem Konzept des „fahrscheinlosen ÖPNV (Öffentlicher Personen Nahverkehr)“, für das DIE LINKE in der Verkehrspolitik schon lange wirbt. Um die konkreten Auswirkungen zu testen und Werbung für die Idee zu machen, startet DIE LINKE nun im Stadtrat und Verkehrsausschuss die Initiative, probeweise einen fahrscheinlosen Tag in Düsseldorf durchzuführen. Andere Städte, wie z.B. Köln, haben dies bereits fraktionsübergreifend beschlossen. Dort laufen die Planungen für solch einen Tag bereits. Ziel eines fahrscheinlosen Tages ist es, u.a. Personengruppen, die bisher wenig oder gar nicht den ÖPNV nutzen, an Bus- und Bahnfahrten heranzuführen. Auch der soziale Aspekt sollte nicht vergessen werden – viele Menschen können sich die Fahrt mit der Rheinbahn nicht leisten. Sie bekämen so die Möglichkeit, kostenlos einen Ausflug o.ä. zu unternehmen. Außerdem kann ein solcher Tag als eine Bemühung der Stadt Düsseldorf gesehen werden, die Luftverschmutzung zu reduzieren. Nach der zunächst gewonnenen Klage der Deutschen Umwelthilfe wäre dies ein nicht zu unterschätzendes Signal.



Einfach mal ohne Ticket einsteigen

Foto: © (CC BY-SA 2.0) wikipedia/Imarc

Für solch einen Tag eignet sich bspw. ein Sonntag, also ein Tag, an dem das Verkehrsaufkommen nicht besonders hoch ist und zu erwartende Mehrfahrten aufgrund intensiver Nutzung problemlos umgesetzt werden können.

Im Stadtrat stellten wir bereits eine erste Anfrage, um einen geeigneten Tag zu finden und den Einnahmeausfall der Rheinbahn zu erfragen. Im nächsten Schritt werden wir mit einem Prüfantrag in den entsprechenden Ausschüssen und Sitzungen aufwarten. Am Ende muss natürlich der fahrscheinlose ÖPNV als dauerhafte Lösung für eine sozial und verkehrsgerechte Stadt stehen. Gemeint ist damit die kostenfreie Nutzung

aller städtischen Verkehrsmittel für die EinwohnerInnen der Stadt, die über eine solidarische Finanzierung läuft. Hier müssen konkrete Finanzierungskonzepte für Düsseldorf noch erarbeitet werden, möglich wäre eine Umlage auf die EinwohnerInnen (ausgenommen Sozialleistungen beziehende EmpfängerInnen und Kinder), ein Beitrag von Unternehmen und Konzernen, sowie eine Unterstützung durch städtische Gelder. Ebenso erfordert das Konzept weitreichende stadtplanerische Maßnahmen, Ausbau des ÖPNV-Netzes, mehr Radwege und weniger Autos in der Innenstadt. Das Grundrecht auf Mobilität für Alle steht im Vordergrund.

Rheinkomet abschalten

Geldverschwendung, Energievergeudung, Lichtverschmutzung

Als „Rheinkomet“ wird großspurig der Laserstrahl, der im letzten August vom Fernsehturm in den Düsseldorfer Nachthimmel strahlte, bezeichnet. Ursprünglich war die Lichtinstallation als einmaliges Event von einer Bürgerstiftung zum NRW-Tag geplant worden. Nach den Tagen, in denen nachts ein heller Strahl vom Fernsehturm in den Himmel strahlte á la Großraumdisco der 90er, wurden Stimmen laut, die städtische Gelder für einen regelmä-

ßigen Betrieb forderten. Während die Stadtverwaltung zur Verbesserung der Haushaltssituation Kürzungen bei Bildung und Soziales vorantrieb, unterstützte SPD-Oberbürgermeister Geisel die Idee eines regelmäßigen Betriebs der Lichtinstallation. Die hundertprozentige Stadtochter IDR als Eigentümerin des Fernsehturms kündigte daraufhin an, Kosten in Höhe von rund 100.000 Euro für die Installation einer hierzu dauerhaft nutzbaren Stromlei-

tung zu übernehmen. Für den eigentlichen Betrieb (z.B. während Geisels Lieblingsprojekt, der umstrittenen Tour de France) müssten jedoch noch weitere Mittel bereit stehen – alleine die Aktion im August verschlang einige hunderttausend Euro.

DIE LINKE lehnt die Verschwendung öffentlicher Gelder für diese schlechte Disko-Installation ab. Neben der Energieverschwendung, hat die durch den Rheinkometen erzeugte Lichtverschmutzung störenden Einfluss auf das Leben in der Stadt. Weiterhin schaden die intensiven Lichtstrahlen in Zeiten des Vogelzuges zigtausenden Zugvögeln, ein Betrieb wäre laut städtischer Umweltdezernentin daher nur an wenigen Terminen möglich. Trotz dieser Gründe eine dauerhafte Stromleitung mit öffentlichen Geldern zu finanzieren, ist aus unserer Sicht keine verantwortungsvolle Politik.

Im Düsseldorfer Stadtrat beantragte DIE LINKE, dass die Stadt und ihre Tochter IDR keinerlei Mittel für den Rheinkometen bereitstellt. Aus Zeitgründen wurde der Antrag noch nicht im Stadtrat behandelt. Wir hoffen, dass dies noch rechtzeitig geschieht, bevor das Geld ausgegeben ist.



Lasershow wie früher auf dem Dorf. Gäääh.

Foto: © (CC-BY-SA 4.0) wikipedia/ Foto-dus

Planungen zur U81 stoppen

Nach der Wehrhahnlinie steht nun mit den Planungen der Linie U81 ein neues Millionen-Projekt im Nahverkehr bevor. Die neue Linie soll hauptsächlich Flughafen und Messe verbinden, sowie linksrheinisch Lörick und Heerdt. Auf mehreren Ebenen regt sich Protest gegen diese Pläne. In Lohausen protestieren AnwohnerInnen gegen eine geplante Hochbrücke, über die die U81 an ihren Häusern vorbei führen soll. Die BewohnerInnen Löricks sehen die Pläne des Brückenbaus über den Rhein ebenfalls kritisch und befürchten negative Veränderungen auf ihrer Rheinseite. Insgesamt könnten die Kosten für die Linie auf eine Milliarde Euro steigen. Auch wenn es Zuschüsse von Bund und Land geben wird, ein Großteil der Kosten wird von Düsseldorf übernommen werden müssen. Die U81 dient hauptsächlich Anreisenden und MessebesucherInnen. Die BewohnerInnen Düsseldorfs profitieren von der angedachten Linienführung kaum. DIE LINKE lehnte dieses Projekt von Anfang ab und beantragte daher zur Haushaltssitzung, alle Mittel für Planungen und Bau der Linie zu streichen.

Mieser Service in Bürgerbüros

DIE LINKE stellte im Personal- und Organisationsausschuss eine Anfrage zur Situation in den Bürgerbüros. Immer mehr EinwohnerInnen beschwerten sich über erhebliche Wartezeiten, um einen Termin zu bekommen. Die Antwort ist ein Paradebeispiel für den Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Die Verwaltung behauptet, dass niemand länger als einen Tag auf einen Termin warten muss, allerdings nur, wenn man bereit ist bspw. von Rath nach Benrath zu fahren. Spontane Besuche im gewünschten Bürgerbüro beinhalten die Gefahr, dass die verfügbaren täglichen freien Termine längst aufgebraucht sind. Im Dienstleistungszentrum am Hbf ist es online meistens gar nicht möglich überhaupt einen Termin zu erhalten. Dort sind die Besuche 2015 um 5.000 auf 145.000 angestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist hingegen nur um eine auf 39 Stellen angewachsen. Das sind immer noch zwei weniger als 2012. Lange Wartezeiten bleiben also weiterhin Alltag für DüsseldorferInnen.

Sozialtarif für Strom

Die Stromkosten sind für Beziehende von niedrigem Einkommen und Sozialleistungen nicht mehr bezahlbar. In Düsseldorf wird aufgrund von Zahlungsunfähigkeit jedes Jahr tausenden Haushalten der Strom abgesperrt. Alleine im Jahr 2015 gab es nach Angaben der Stadtwerke 6.838 Sperrungen der Stromversorgung, im Jahr zuvor waren es noch knapp 300 weniger.

Die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und muss daher für alle Privathaushalte sichergestellt werden. Eine deutliche Entlastung einkommensschwächerer Haushalte durch einen ermäßigten Tarif ist dringend erforderlich.

Dafür setzt DIE LINKE Ratsfraktion sich ein. Wir beantragten im Düsseldorfer Stadtrat, einen Sozialtarif für Strom einzuführen. Hierbei sollten ebenfalls Überlegungen für Anreize zu einem ökologisch sinnvollen Umgang mit Energie einfließen. Der Antrag wurde von SPD, CDU, FDP und Grünen abgelehnt.

Herabstufungen zurücknehmen

Die Aufgaben im Sozial- und Erziehungsdienst sind vielfältig, aber eins haben sie alle gemeinsam: Der Mensch steht stets im Mittelpunkt. Jeden Tag vollbringen die Beschäftigten dort Höchstleistungen. Aber gerade dort wird die schwere Arbeit viel zu niedrig entlohnt. Der neue kommunale Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst brachte nun auch noch eine Herabstufung im Erziehungsdienst mit finanziellen Folgen für die Beschäftigten.

Im Stellenplan für das Jahr 2017 der Stadt Düsseldorf werden über 1.000 Stellen herabgestuft, davon allein 970 im Erziehungsdienst. Betroffen sind hauptsächlich Frauen, denn Erziehungsdienst ist weiterhin meist weiblich.

Die Herabstufung ist ein Skandal, denn die Anforderungen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Durch nicht besetzte Stellen sowie krankheitsbedingtem Ausfall ist der Druck auf die Beschäftigten weiter gestiegen. Eine Höherstufung wäre angebracht und würde von einer Wertschätzung der Arbeit zeugen. Stattdessen wurde der Antrag der LINKEN, die Herabstufung zurückzunehmen, im Personal- und Organisationsausschuss abgelehnt.

Der Service wird schlechter

Miserable Stellenplanung bei der Stadt

Die EinwohnerInnen und BürgerInnen in Düsseldorf sind sauer. Zu Recht. Immer längere Wartezeiten bei Behördengängen und bei der Bearbeitung von Anträgen haben einen Grund. Viele Stellen in der städtischen Verwaltung sind nicht besetzt.

und können jederzeit wieder abgeschafft werden. Aber auch diese überplanmäßigen Stellen füllen nur zu einem kleinen Teil die Lücke von 1.144 Stellen.

Die Folge: die Motivation leidet, die Personalentwicklung findet auf diesem Weg nicht statt. Die Überbelastung für

besetzung und Personalkostenbudgetierung“. Demnach dürfen grundsätzlich freie Stellen erst nach Ablauf von zwölf Monaten wiederbesetzt werden. Die Dienstanweisung aus dem Jahre 2013, noch unter OB Elbers erstellt, wurde ohne Einschränkungen von SPD, Grünen und FDP übernommen.

DIE LINKE Ratsfraktion forderte deshalb erst im Personal- und Organisationsausschuss und dann im Rat die Ausfinanzierung des Stellenplans. Schon vorher forderte dies auch der DGB: „Das Personalkostenbudget der Stadtverwaltung muss erhöht werden. Es gibt einen erhöhten Personalbedarf bei städtischen Dienstleistungen und in der Verwaltung. Treiber sind die verstärkte Kommunalisierung von Aufgaben und veränderte gesetzliche Anforderungen gegenüber den Kommunen. Alleine die geplante Erhöhung des Budgets um nur 1% - diese decken noch nicht einmal die jetzt bereits bekannten Tarifsteigerungen für die Beschäftigten in 2017 - führt zu weiteren Einschnitten.“

Der Rat wies den Antrag jedoch ab. Stattdessen gab OB Geisel bekannt, dass 1.080 Stellen gestrichen werden sollen und hält am Plan fest, mittelfristig sogar insgesamt fast 2.000 Stellen zu streichen. Dazu wurde die Beratungsfirma „Bülow & Consorten“ bemüht, die Druck auf die DezernatsleiterInnen ausübte „Vorschläge“ zu Stellenstreichungen einzureichen.

Schon jetzt führt die Unterfinanzierung des Personaletats dazu, dass in vielen Bereichen MitarbeiterInnen fehlen, um die vorgesehenen Aufgaben adäquat erfüllen zu können. Die Folgen sind schon jetzt teilweise unzumutbare Zustände für die Bürgerinnen und Bürger in Düsseldorf. Mit den angedrohten Personalkürzungen wird sich dies in Zukunft noch weiter verschlechtern.



Die Verwaltung freut sich schon auf Ihren Besuch

Foto: © Can Stock Photo/NomadSoul1

Seit mindestens 2012 liegt die Anzahl der städtischen Planstellen bei 9.695, trotz eines erheblich angestiegenen kommunalen Aufgabenbereichs. Von diesen Stellen waren Ende Juni 2016 insgesamt 1.144 Stellen unbesetzt (davon allein 676 Stellen im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst), das ist fast jede achte Stelle in der Verwaltung. Tendenz steigend. 2012 lag die Zahl der unbesetzten Stellen noch bei 624 Stellen um 2014 auf 940 zu steigen und 2015 einen neuen Höchststand zu erreichen.

Vermehrt werden Beschäftigte überplanmäßig - ohne Ausschreibung - eingesetzt, weil Planstellen nicht zur Besetzung freigegeben werden. Diese Stellen sind im Stellenplan nicht vorgesehen

die Beschäftigten durch den langfristig anhaltenden Arbeitsdruck steigt enorm und führt dazu, dass noch mehr Mitarbeitende krankheitsbedingt oder durch Überstundenausgleiche fehlen.

Nur durch die Ausfinanzierung aller Stellen kann gewährleistet werden, dass Stellen zügig und vollständig besetzt werden. Das Nichtbesetzen von freien Stellen führt zu immer größer werdenden Einschränkungen für die EinwohnerInnen Düsseldorfs. Dies ist unzumutbar.

Im Personaletat für 2017 bleibt eine Lücke von ca. 37 Mio. Euro. Diese wird im Wesentlichen durch Freihalten von Stellen erwirtschaftet. Seit 2013 gibt es die „Geschäftsanweisung zur Stellen-

Ausstattung von Haltestellen

Mehr Wartehäuschen, Sitzgelegenheiten und vollständige Barrierefreiheit

Wartezeiten an Bus- und Bahnhaltestellen gehören bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs dazu, ob beim Umsteigen oder bei Verspätungen. Die Wartezeiten liegen nicht selten bei über 20 Minuten. Besonders bei Regen und Kälte ist es unangenehm, wenn dann keine Sitzmöglichkeiten und Unterstellmöglichkeiten vorhanden sind. Gerade für ältere Menschen, die nicht mehr lange stehen können, kann dies belastend sein. Nicht alle Haltestellen sind mit Wartehäuschen ausgestattet, die vor Wind und Regen schützen und Sitzgelegenheiten bieten.

Im Verkehrsausschuss haben wir daher nachgefragt, wie es um die Hal-

testellen in Düsseldorf bestellt ist: Insgesamt gibt es in Düsseldorf 1.615 Haltestellen (davon 1.117 Bushaltestellen und 498 Straßenbahnhaltestellen). Davon sind an insgesamt 1.023 Haltestellen Wartehäuschen aufgestellt. Dies bedeutet, dass 40 Prozent aller Bushaltestellen und 30 Prozent aller Straßenbahnhaltestellen über keine Wartehallen verfügen. Insgesamt sind in knapp fünf Prozent dieser Wartehallen keine Sitzplätze vorhanden

An den Haltestellen ohne Wartehäuschen sind nur in acht bis zehn Prozent der Fälle Sitzbänke aufgestellt. Außerdem sind 902 Bus- und Bahnhaltestellen nicht barrierefrei ausgebaut. Für

Menschen mit Behinderung ist Mobilität ein Grundrecht und muss in der ganzen Stadt gewährleistet sein. Bevor die Stadt zwei- bis dreistellige Millionenbeträge für unwirtschaftliche und umstrittene Netzausbauten, wie beispielsweise bei der U 81 ausgibt, sollten zuerst die Mindeststandards für die NutzerInnen des öffentlichen Nahverkehrs finanziert werden. Zu den Haushaltsberatungen im Dezember letzten Jahres haben wir daher im Verkehrsausschuss entsprechende Mittel für die Ausstattung von Haltestellen mit Sitzbänken sowie den barrierefreien Ausbau von Haltestellen beantragt, die allerdings samt und sonders abgelehnt wurden.

Bicycle Race

Progressive Fahrradpolitik kommt in Düsseldorf nur langsam ins Rollen

Es ist nicht abzustreiten, dass die Verkehrspolitik unter der Ampelkooperation einen neuen Anstrich bekommen hat. Das Radhauptnetz, die Fachgruppe Radverkehr sowie das Bekenntnis für eine fahrradfreundliche Stadt stellt die Ampel immer wieder in den Vordergrund. Doch wenn man genauer hinschaut, wird deutlich, dass Interessen oft nur oberflächlich vertreten werden und Prozesse nur langsam in Gang kommen oder stagnieren.

So berichteten VertreterInnen der fahrradfreundlichen Initiativen ADFC und VCD auf einer Sitzung der Ratsfraktion von ihrer Arbeit in der Fachgruppe Radverkehr. Die Fachgruppe wurde im Sommer 2015 ins Leben gerufen und trifft sich alle zwei Monate. Dort arbeiten die Initiativen gemeinsam mit VertreterInnen von der Stadt, PolitikerInnen und einem Planungsbüro an der Umsetzung des beschlossenen Hauptradnetzes. Das Konzept sieht vor, dass leicht erkennbare, zusammenhängende Hauptverbindungen für FahrradfahrerInnen innerhalb der Stadt entstehen. Auch wenn es an einigen Stellen noch ausbaufähig ist, bewerten die Initi-

ativen den Ansatz des Hauptradnetzes als positiv. Allerdings bemängelten sie die konkrete Umsetzung. Denn bisher wurde von geplanten Maßnahmen kaum etwas umgesetzt. Es fehle an Geld und Willen, den Autoverkehr zu Gunsten einer fahrradfreundlichen Stadt zurück zu drängen. Die Verwaltung arbeite viel zu langsam und kommt zu keinem Ergebnis. Dabei können Lösungen oft einfach und kostengünstig sein, wie die Umsetzung des Radweges auf der Friedrich-

straße zeigt. Mehr solcher Initiativen wären begrüßenswert und könnten als Signal an FahrradfahrerInnen in Düsseldorf verstanden werden.

Neben dem Hauptradnetz dürfen die Radwege in den Bezirken nicht vergessen werden. In den Bezirken besteht häufig Handlungsbedarf – unsinnige Radführungen, kaputte Wege oder fehlende Markierungen müssen in Angriff genommen werden. Das Bezirksradnetz muss als essentielle Ergänzung zu den Radwegen auf den Hauptstrecken verstanden werden, denn nur so wird RadfahrerInnen eine störungsfreie Fahrt ermöglicht. Im Haushalt wurden 250.000 Euro aus dem Budget für die Radwege in den Bezirken gekürzt, dies ist nicht hinnehmbar. Im Verkehrsausschuss beantragten wir daher den Etat für die Radwege in den Bezirken um zwei Millionen Euro zu erhöhen und die angesetzte Kürzung zurück zu nehmen. Düsseldorf brüstet sich mit der Tour de France als fahrradfreundliche Stadt, dies darf aber nicht nur für ein einmaliges Event gelten, sondern muss sich dauerhaft und in allen Stadtbereichen zeigen.



Hat das endlich mal ein Ende?

Foto: (CCO 1.0) Klaas Brumann/flickr

Eintrittsfrei in städtische Museen und Kultureinrichtungen

Stellen wir uns vor: Städtische Museen und Kultureinrichtungen können an einem bestimmten Wochentag eintrittsfrei besucht werden. Die finanziellen Möglichkeiten der Besucherinnen und Besucher würden zumindest an solch einem Tag keine Rolle spielen und die aufgestellten Hürden, die gerade Menschen mit geringem Einkommen - trotz ermäßigter Eintrittspreise - zu bewältigen haben, wären an diesem Tag nicht da. Es muss nicht bei dieser utopischen Vorstellung bleiben. Auf Initiative der LINKEN sagte die Stadtverwaltung Anfang 2016 zu, die erforderlichen Kosten für die Einführung eines eintrittsfreien Tages zu prüfen. Leider ist die angekündigte Prüfung immer noch nicht erfolgt. Deshalb erinnern wir im Kulturausschuss die Verwaltung durch unseren Antrag daran, diese Umsetzung endlich zu prüfen und die Ergebnisse vorzulegen. Ein wöchentlicher eintrittsfreier Tag in den städtischen Museen und Kultureinrichtungen gehört in anderen Städten und Ländern seit langem zur gängigen Praxis. Warum nicht auch in Düsseldorf? Das wäre ein Prestige-Projekt mit dem sich die Stadt auszeichnen könnte. Der Anspruch auf kulturelle Teilhabe sollte in Düsseldorf für Alle gelten.

Über das Leid im Versicherungsamt

Was passiert mit dem Versicherungsamt?

Im Versicherungsamt werden städtische MitarbeiterInnen, aber vor allem BürgerInnen in Fragen der Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung beraten. Weiterhin können Rentenanträge gestellt werden (aber auch Anträge auf Kontenklärung, Rentenauskunft, Anerkennung der Kindererziehungszeiten, Heilverfahren, freiwillige Versicherung, Versorgungsausgleich usw.). Die Inanspruchnahme des Versicherungsamtes in Angelegenheiten der Sozialversicherung ist kostenlos. Für Zwecke der Sozialversicherung werden gebührenfrei Fotokopien, Abschriften und Unterschriften bestätigt. Das Angebot des kommunalen Versicherungsamtes ist gesetzlich verpflichtend. Hier gab es in den letzten Jahren keine Änderungen. Ein gesetzliches Minimum der Aufgabenerfüllung gibt es nicht.

Laut Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE haben von 2011 bis 2015 ca. 25.400

Personen das Versicherungsamt aufgesucht. Den Service können nicht nur in Düsseldorf lebende Menschen in Anspruch nehmen, sondern z.B. auch PendlerInnen. Das heißt neben den 628.000 DüsseldorferInnen kommen noch mindestens 230.000 PendlerInnen hinzu, für die das Versicherungsamt zuständig ist. Dementsprechend ist auch die Kennzahl für das Personalbudget zu erhöhen, das bisher nur auf die EinwohnerInnen der Stadt Bezug nimmt.

Neben der Hilfestellung für ratsuchende BürgerInnen hat die Tätigkeit des Versicherungsamtes auch für die eigene Stadtverwaltung einen immensen Wert. So kann das Erkennen vorrangiger Rentenansprüche das Budget des örtlichen Sozialhilfeträgers spürbar entlasten.

Aber auch für weitere Bereiche der Stadtverwaltung (einschließlich der dort vorsprechenden BürgerInnen – Stichwort: „Kurze Wege“) ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit dem Versi-

cherungsamt wechselseitige, positive Effekte.

Für alle diese Aufgaben standen bisher fünf MitarbeiterInnen zur Verfügung. Die Anzahl der Ratsuchenden zeigt die Bedeutung des Amtes für die BürgerInnen. Die geplante Personalkürzung im Bereich des Versicherungsamtes ist deshalb nicht hinnehmbar, da diese direkte negative Auswirkungen auf Ratsuchende bedeutet. Von 543.173 auf 463.673 Euro soll der Personalaufwand gekürzt werden. Im Gegenteil muss der Service verbessert werden um den zu erwartenden weiteren Anstieg von Ratsuchenden zu bewältigen. Und das ist nur möglich, wenn im Versicherungsamt zusätzliche Stellen eingepflanzt werden. So fordert es DIE LINKE. Der Rat lehnte in der Haushaltssitzung den Antrag ab und sorgt dafür, dass der Service massiv leiden wird. Leidtragende sind neben den städtischen Angestellten vor allem alle Ratsuchenden und das sind die EinwohnerInnen.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Gewerbesteuer erhöhen

Die Rücklagen der Stadt Düsseldorf sind aufgebraucht. Immer noch gibt die Stadt mehr Geld aus als sie einnimmt. CDU, SPD, Grüne und FDP reagieren in dieser Situation hilflos. Helfen soll der Verkauf von Grundstücken, eine Reduzierung des Personals um 10 % und die Verschiebung von Schulden in städtische Tochterunternehmen. Mittlerweile werden Einsparmöglichkeiten in Größenordnungen von 100.000 Euro gesucht, bei einem Defizit in dreistelliger Millionenhöhe. Grundstücke kann man nur einmal verkaufen, beim Personal sind schon jetzt 1.144 Stellen nicht besetzt und die Verschiebung von Schulden wird zu Gebührenerhöhungen führen. Notwendig ist der Mut zu einem Schritt, der auch langfristig der Stadt Spielräume gibt und Investitionen in sinnvolle Projekte ermöglicht. Der bisher einzige Vorschlag in diese Richtung kommt von der LINKEN. Er ist nicht neu, denn wir bringen ihn seit Jahren ein. Allerdings fehlt den anderen Fraktionen im Rat der Mut dazu. Unser Vorschlag lautet, die Gewerbesteuer um 10 % zu erhöhen. 2008 wurde die Gewerbesteuer um 30 % gesenkt. Mit einer Erhöhung um 10 % würden Firmen immer noch weniger Gewerbesteuer als im Jahre 2007 bezahlen. Für die Stadt würde diese Erhöhung allerdings Mehreinnahmen von 80 bis 90 Millionen bedeuten. Und das Jahr für Jahr. Das wäre eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik. Besser als der einmalige Verkauf von Tafelsilber.

Wohnen wird immer teurer
DIE LINKE will steigende Mieten stoppen

Wohnungspolitik beeinflusst die Lebensqualität der Menschen. Hier werden Weichen dafür gestellt, ob das Profitstreben weniger oder die soziale Teilhabe aller das Leben einer Stadt bestimmen. Die Versorgung mit preiswertem und intaktem Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung hierfür. Sie ist Daseinsvorsorge und damit Aufgabe der Stadt.

Jahr 2000 reduzierte sich in Düsseldorf deren Anzahl von über 60.000 auf 36.000. Bis zum Jahr 2010 sank die Zahl weiter auf 23.000, aktuell gibt es noch rund 16.500 Sozialwohnungen. In den kommenden Jahren werden Tausende weitere Wohnungen aus der Preisbindung fallen.

Das Instrument für die Versorgung mit preiswertem Wohnraum ist der

bezahlbaren Wohnungen sollten auch alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Vernichtung von bestehendem preiswertem Wohnraum zu verhindern. Wir beantragten daher, mit einer Satzung gegen die sogenannte Wohnraumzweckentfremdung vorzugehen. So könnte der Verlust von Wohnraum durch Leerstand, Abriss oder Umwandlung in Gewerbebau verhindert werden. Tausende Wohnungen stehen im Stadtgebiet leer und tragen zu einer Verschärfung der Situation bei. Auch dieser Vorschlag wurde von der Ampelkoalition abgelehnt.

In der nächsten Sitzung des Düsseldorfer Wohnungsausschusses thematisieren wir nun ein weiteres Instrument, mit dem die Vernichtung von preiswertem Wohnraum verhindert werden kann: den Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen für bestimmte Stadtgebiete. Ein Schutzziel, welches das Erlassen solcher Satzungen rechtfertigt, ist der Milieuschutz – also der Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung. Hierdurch wird es möglich, Luxussanierungen, die Zusammenlegung kleiner Wohnungen oder die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum zu verhindern. Mietsteigerungen können so gebremst und die Verdrängung bisheriger Bewohnerinnen und Bewohner gehemmt werden. Im Wohnungsausschuss fragen wir daher an, in welchen Gebieten in Düsseldorf der Erlass solcher Satzungen möglich ist und welche Voraussetzungen hierfür gegeben sein müssen. Als nächsten Schritt werden wir für die in Frage kommenden Gebiete den Erlass der Satzungen beantragen. Wir hoffen, dass von der Ratsmehrheit der Schutz bezahlbaren Wohnraums nicht wieder verhindert wird.



Wohnen muss wieder bezahlbar werden

Foto: © DIE LINKE

In Düsseldorf wurden in der Vergangenheit deutlich zu wenige Wohnungen gebaut. Diese Wohnungsverknappung und der Umstand, dass in erster Linie teure Wohnungen gebaut wurden, haben dazu geführt, dass die Mieten extrem angestiegen sind und weiter steigen werden. Der Wohnungsmarkt ist äußerst angespannt. Immer mehr Menschen wissen nicht mehr, wie sie die Miete bezahlen sollen.

Verschärfend kommt hinzu, dass der Bestand der Sozialwohnungen seit Jahren abnimmt. Von 1990 bis zum

kommunale Wohnungsbau. Kommunaler Wohnungsbau bedeutet, dass nicht Investoren sondern die Stadt selbst Wohnungen baut und vermietet. Um die Wohnungen günstig bauen zu können, braucht die Stadt eigene Grundstücke. DIE LINKE fordert daher seit langem, dass die Stadt die vorhandenen Grundstücke zum Bau von Wohnungen verwendet. Leider lehnt die Ampelregierung eine solche Politik ab. Die städtischen Grundstücke werden lieber verkauft, um den Haushalt aufzubessern. Neben dem Neubau von

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
 Luegallee 65
 40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick
 Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein